

A11-027: 10. Ehrenamt stärken

Antragsteller*innen Patrick Vexler

Antragstext

Von Zeile 28 bis 35:

sondern ernst genommen und aktiv in politische Prozesse eingebunden werden. Aus diesem Grund braucht es ein ~~Jugendgremium auf Landesebene am Vorbild eines Bürger*innenrats, das echte Mitspracherechte erhält und junge Menschen in Entscheidungsprozesse einbindet. Dieses Gremium muss auch auf Landesebene ein gesetzlich verankertes~~ **Anhörungs- und Antragsrecht der Jugend** bei wichtigen politischen Entscheidungen und Haushaltsplanungen bekommen. Das ~~Beteiligungsportal Baden-Württemberg muss um jugendgerechte Angebote erweitert werden, die leicht verständlich, interaktiv und zugänglich sind.~~ en dauerhaft gesetzlich verankerten Jugendrat auf Landesebene, der echte Mitspracherechte erhält und junge Menschen in Entscheidungsprozesse einbindet. Dieser bekommt ein eigenes Budget, ein Anhörungs- und Antragsrecht in der Haushaltsplanung und wird durch ein landesweites Wahl- oder Losverfahren legitimiert. Darüber hinaus sollen alle Ministerien Jugendbeteiligungs-Formate (am Beispiel betterLÄND) etablieren und bestehende Formate verbessern.

Begründung

Die Jugendbeteiligungslandschaft in Baden-Württemberg entwickelt sich zunehmend positiv, vor allem in den Städten und Landkreisen gründen sich immer mehr Jugendgremien, die die Stimme der Jugend aktiv in politische Prozesse einbringen. Vor allem auf Landesebene gibt es aber noch Verbesserungsbedarf. Einzelne Ministerien und das Staatsministerium bieten zwar verschiedene Jugendbeteiligungsformate an, doch es fehlt bislang an einer landesweiten Strategie. Projekte wie der Landesschüler:innenbeirat und der Jugendrat für Klima und Nachhaltigkeit BW sind Positivbeispiele, wie Jugendbeteiligung funktionieren kann. Beide Gremien gehen aber auf Initiativen der jeweiligen Ministerien zurück. Um Jugendbeteiligung perspektivisch langfristig und effektiv im Land aufzubauen, benötigt es deswegen entsprechende allgemeine gesetzliche Strukturen. Jugendbeteiligung muss auf Landesebene gesetzlich verankert sein. Aus unserer

Sicht ist sowohl ein landesweiter Jugendrat, als auch Beteiligungsformate in den Ministerien vonnöten. Denn wie bereits in der Einleitung unseres Leitantrags ausgeführt, interessieren sich junge Menschen nicht nur für Jugendthemen, sondern auch für sogenannte "Fachthemen".

Die Entwicklung des [Landesjugendbeirats](#) verfolgen wir mit großem Interesse. Dieser Jugendbeirat ist allerdings nicht gesetzlich abgesichert. Außerdem sorgt die Verknüpfung zu den Landesjugendkonferenzen und die Schirmherrschaft des Kultusministeriums zu einem potenziellen Überschuss an Schüler:innen im Gremium. Auszubildende, Freiwilligendienstleistende, Studierende und bereits arbeitende Jugendliche werden so strukturell unterrepräsentiert.

Landesweit wird in den verschiedenen Jugendgremien unterschiedlich entschieden, wer Teil des Gremiums wird. In Bezug auf den neuen Landesjugendbeirat wäre es unserer Ansicht nach falsch, den Jugendbeirat am Beispiel eines Bürger:innen-Rates auszurichten, denn diese definieren sich dadurch, dass sie temporär bestehen. Stattdessen sollte der Jugendbeirat langfristig bestehen und intervallmäßig gewählt oder aus allen baden-württembergischen Jugendlichen gelost werden.

Unterstützer*innen

Yannick Werner